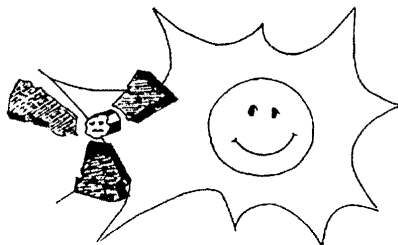


Atomkraftfreie Zukunft

2/2026 Juni



Paks II - Handeln ist gefragt!

Es überrascht nicht wirklich, dass die zwei geplanten Reaktoren des AKWs mehr als zehn Jahre nach Beginn der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) noch immer nicht fertiggestellt sind. AKWs sind bekannt dafür, dass die Bauzeiten überschritten werden und die Kosten sich vervielfachen. Ursprünglich sollte der Bau von Paks II 2030 fertiggestellt sein, dann sprach man sogar von 2025/26, da wurde der Bau aber offiziell erst begonnen, jetzt soll das AKW 2032 ans Netz gehen.

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei, weitere Antiatom-NGOs und auch die Republik Österreich gaben im UVP-Verfahren zu Paks II Stellungnahmen ab. Die Liste der Einwände gegen dieses Bauvorhaben war und ist lang: Neben allgemeinen Kritikpunkten an AKWs, wie ungenügende Haftung bei schweren Unfällen, erhöhte Radioaktivität im Normalbetrieb (die Folgen: erhöhte Leukämiegefahr, weniger Mädchen werden im Umkreis eines AKWs geboren), Gefahr durch AKWs im Krieg, kein Endlager und Unwirtschaftlichkeit, wurden auch spezielle Einwände gegen diesen Bau vorgebracht.

Das AKW Paks liegt in einem erdbebengefährdeten Gebiet. Dazu gibt es eine Studie der Universität Wien aus dem Jahr 2021. Der heurige 15. Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima erinnert uns daran, wie gefährlich Erdbeben für AKWs sind. Es wird vermutet, dass dort bereits das Erdbeben



Unser Motto zum Tschernobyltag: Erinnern heißt handeln! Bericht S. 3, Foto: WPA

den Super-GAU ausgelöst hat und der darauffolgende Tsunami die Auswirkungen noch verschärft hat.

Das AKW Paks steht auf einem ungeeigneten, instabilen Untergrund. Umso wichtiger sind daher die Stützmauern für die große Baugrube (150 m breit, 260 m lang, 24 m tief). Genau hier gab es Ende 2024, Anfang 2025 Probleme. Eine Stützmauer begann zu kippen, eine andere Mauer bekam Risse, was zu einem Teilbaustopp führte.

Das AKW Paks trägt durch die Einleitung des erwärmten Kühlwassers auf unzulässige Weise zur Erwärmung des Donauwassers bei. Für die bestehenden vier Reaktoren von Paks I war die Temperatur der Donau mit 30° C begrenzt. Wurde dieser Wert überschritten, musste die AKW-Leistung gedrosselt werden, denn höhere Werte gefährden den Lebensraum Donau. Die 30° C, die eigentlich auch für Paks II festgelegt wurden, werden aber jetzt schon überschritten. Durch zwei wei-

tere Reaktoren und die fortschreitende Erderwärmung würde sich die Situation noch dramatisch verschärfen. Was hat das damalige ungarische Energieministerium daher gemacht? Es hat 2024, ohne die Folgen zu untersuchen, in einer neuen Verordnung die unbegrenzte Erwärmung festgelegt. Wenn es keine Grenzwerte gibt, können sie auch nicht überschritten werden. Die Rechnung zahlt das Ökosystem Donau und letztlich wir alle.

Es sprechen viele Gründe gegen AKWs im Allgemeinen und Paks II im Besonderen. Jetzt gibt es ein Gerichtsurteil des EuGH (des Europäischen Gerichtshofes), das die Möglichkeit bietet, den Bau dieses AKWs zu stoppen. Wir haben darüber berichtet: Zunächst wurde die Klage Österreichs vom EuG (Europäischen Gericht) abgewiesen, Österreich legte Rechtsmittel ein und bekam schließlich vom EuGH recht. Die Genehmigung der ungarischen Staatsbei-

Lesen Sie weiter auf Seite 6

Atomkraft bleibt riskant

An der BOKU (Universität für Bodenkultur) in Wien gab es am 17. März 2026 eine überaus interessante Veranstaltung mit dem Titel „Zwischen Reaktor und Rotor. Energiesicherheit im Krisenzeitalter“. Forschende des Instituts für Sicherheits- und Risikowissenschaften (unter anderen Nikolaus Müllner und Friederike Frieß) sowie Katsuya Yamori als Gastvortragender wiesen darauf hin, dass grundlegende wissenschaftliche Fakten über Atomkraft durch neue Rahmenbedingungen, Reaktorkonzepte und verstärktes Lobbying nicht entkräftet werden können. Menschliche

Fehleinschätzungen und menschliches Versagen lassen sich niemals gänzlich ausschließen. Dazu kommen Gefahren durch Kriege, in denen es zu unvorhersehbaren gefährlichen Ausnahmezuständen kommen kann. Erinnert wurde auch an das Naheverhältnis zwischen militärischer und ziviler Verwendung der Atomkraft, jedes zivile Atomprogramm senkt die Hürden für ein militärisches Programm. **Aber auch was die Stromversorgung betrifft, schneidet die Atomkraft schlecht ab, denn heute geht es nicht um die Abdeckung einer Grundlast**

(Mindestbedarf, der immer besteht), sondern um Kraftwerke, die die Erneuerbaren Energien bei Bedarf ergänzen sollen. Dazu sind AKWs schlecht geeignet, weil sie nicht flexibel zu- und abgeschaltet werden können. Wir brauchen ein dezentrales Energiesystem, das einerseits die Energiewende unterstützt, andererseits auch die unabhängige Versorgung in Krisenzeiten und im Falle von Katastrophen ermöglicht, etwa wenn ein Dorf von der Außenwelt abgeschnitten ist.

Quelle: Der Standard, 25.3.2026

Eine Studie aus den USA zeigt: In der Umgebung von Atomkraftwerken sterben mehr Menschen

Je näher Menschen an einem AKW leben, desto höher ist das Risiko, an Krebs zu sterben. Darauf deutet eine neue Studie von Wissenschaftlern der Harvard-Universität hin, die Daten zur Sterblichkeit durch bösartige Erkrankungen in einzelnen Bundesstaaten der USA untersuchten und sie mit der Entfernung dieser Orte zu den nächstgelegenen Reaktoren verglich. Die meisten Todesfälle durch Krebs bei Männern und Frauen (schon ab 55 Jahren) vor dem 70. Lebensjahr stellten die Forscher im Umkreis von einigen Dutzend Kilome-

tern um AKWs fest. Die Studie wurde am 23. Februar 2026 in der Zeitschrift „Nature Communications“ veröffentlicht. Sie beansprucht nicht, Beweise für die Gefährlichkeit rund um Reaktoren vorzulegen, stellt aber beunruhigende statistische Zusammenhänge fest. Die warnenden Ergebnisse der Autoren sollten ihrer Ansicht nach jedoch ein Anstoß für eine detaillierte Forschung über den Einfluss der Atomspaltung auf die menschliche Gesundheit sein. Petros Koutrakis, einer der Autoren und Experte für Schadstoffe in der Umwelt, sagt

im Interview: „Während 20 Jahren haben wir alle AKWs in den USA einbezogen – in Betrieb befindliche und bereits stillgelegte – wir haben eine enorme Zahl von Todesfällen ausgewertet. Die Hauptbotschaft unserer Studie ist klar: Die Nähe Ihres Wohnorts zu Kernkraftwerken erhöht das Risiko, an Krebs zu sterben.“

Quelle: <https://www.respekt.cz/veda/v-okoli-americkyh-jadernych-elektraren-se-vice-umira-na-rakovinu-ukazala-studie-co-to-znamena-pro-cesko>

Energie klug nutzen:

Ein Wannenbad braucht rund vier- bis sechsmal so viel Wasser und Energie wie eine Dusche. Heute denke ich an die Tausenden Flüchtlinge in Zeltlagern, die sich sehnlich eine erfrischende Dusche wünschen und oft monatelang darauf verzichten müssen. Wir haben meist die Möglichkeit zwischen Dusch- und Wannenbad zu wählen; viele nutzen ein Wellness- oder Schwimmbad, viele besitzen sogar einen eigenen Swimmingpool. Übrigens ist die am meisten Wasser sparende und einfachste Methode der Körperreinigung die Waschung aus einem kleinen Becken. Sie wird sogar als Heilmethode im Warm- Kaltwechsel bei Kneippkuren angewendet. Wechselduschen sind ebenfalls erprobte Wasseranwendungen. Die meisten Menschen in unseren Breiten nutzen die Dusche als zweckmäßigste, angenehmste Form der täglichen Körperpflege. Wer dabei öfter auf das schäumende Duschgel verzichtet, tut sogar seiner Haut etwas Gutes. Ab und zu ein entspannendes Wannenbad ist angenehm und wird schon als Luxus empfunden; es verbraucht aber viel mehr Wasser und Energie. Kürzlich wurde in einigen Bundesländern eine gestaffelte Befüllung von Pools angeregt, um Wasserressourcen wegen der langen Trockenperiode zu schonen. Noch sind wir mit gutem Wasser versorgt. Wie lange wird das noch so sein?

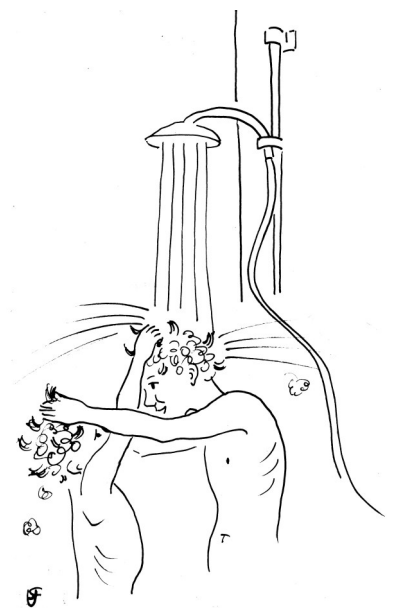


Illustration: Ulrike Sellinger-Fleischmann für die Wiener Plattform Atomkraftfrei

40 Jahre Tschernobyl – Erinnern heißt handeln!

Demo der WPA anlässlich 40 Jahre Katastrophe von Tschernobyl



Während unseres Demozuges durch die Stadt konnten wir daran erinnern, dass auch vier Jahrzehnte nach der Reaktor-katastrophe die Folgen weiter spürbar sind. Noch immer sind große Gebiete unbewohnbar; noch immer leiden Menschen unter den gesundheitlichen und sozialen Folgen. Hunderttausende verloren ihre Heimat, ganze Ökosysteme wurden dauerhaft geschädigt. Radioaktive Strahlung wirkt unheilvoll über viele Generationen. Seit jeher gibt es Stimmen, die die Risiken der Atomkraft relativieren, das ungelöste Problem des Atommülls herunterspielen und Kosten ausblenden. Deshalb ist es wichtig, informiert zu bleiben, Mythen zu hinterfragen, Fakten sichtbar zu machen und auf Alternativen hinzuweisen.

Am 25. 4. 2026 veranstaltete die Wiener Plattform Atomkraftfrei eine Demonstration anlässlich des 40. Jahrestags des Super-GAUs im AKW Tschernobyl. Mit uns waren Vertreter:innen vom „Waldviertler Energiestammtisch“, „Omas gegen Rechts“, „Parents for Future“ und „Grandparents for Future“. Fünf Frauen der NGO Attac, die „Sambasisters“, die unsere Demo während der ganzen Veranstaltung begleiteten,

trugen mit ihrem mitreißenden Samba-rythmus maßgeblich zur Aufmerksamkeit für unser Anliegen bei. Verteilte Luftballons mit dem bewährten Slogan „Atomkraft, nein Danke“ erfreuten Kinderherzen; Eltern und Passanten nahmen unsere Informationsblätter – 800 an der Zahl – und unsere Zeitung meist wohlwollend entgegen. „Erinnern heißt handeln“ lautete unser Motto und das von „ausgestrahlt“ in Deutschland.

Internationale Energieagentur (IEA): Empfehlungen zur Energiekrise

Von zu Hause arbeiten, öffentliche Verkehrsmittel nutzen, Autos gemeinsam nutzen, Senkung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen um mindestens 10 km/Stunde, Flugreisen einschränken, wenn Alternativen bestehen (besonders bei Inlandsflügen), sowie beim Kochen

Strom statt Gas nutzen. Diese Maßnahmen konzentrieren sich vor allem auf den Straßenverkehr, der etwa 45 % der weltweiten Ölnachfrage ausmacht, außerdem auf die Luftfahrt und Industrie. Sie richten sich an Unternehmen und Haushalte und geben Regierungen Orientie-

rung, wie sie schnell auf die Situation reagieren können. Die Empfehlungen der IEA haben in erster Linie beratenden Charakter und sind (leider!) rechtlich nicht bindend.

Quelle: Jaroslav Soukup in Novinky.cz v. 20.3.2026

Tschernobylfestival in Tschechien

Monika Wittingerova vom Verein Südböhmische Mütter (Jihočeské matky) berichtete vom Černobylfestival, das seit 10 Jahren jeweils im Gedenken an die Havarien von Tschernobyl und Fukushima in Budweis stattfindet. Es wurde am 27. April 2026 im Budweiser Kino „Bio Kotva“ mit finanzieller Unterstützung des Landes Oberösterreich und der Wiener Plattform Atomkraftfrei durchgeführt.

Das Festival informiert die Öffentlichkeit zum Thema Nuklearkatastrophen und zeigt aktuelle Bezüge auf – derzeit die Gefährdung von Atoanlagen in Zeiten kriegerischer Konflikte. Das Programm

richtet sich primär an Schulen und ist teilweise online einsehbar. www.cernobylfest.cz.

Das Feedback der Zuschauer und der Lehrkräfte bestätigt die Bedeutung des Černobylfests als eine attraktive Plattform, die Raum für offene Diskussionen schafft. Gäste des Festivals sind mitunter Dokumentarfilmer, Fotografen, Publizisten und Zeitzeugen. In der Vergangenheit konnten die Zuschauer beispielsweise auch die sogenannten „Tschernobyl-Kinder“ treffen. Das sind Kinder, die durch den Unfall unmittelbar betroffen waren oder in kontaminierten Gebieten, wie in der heutigen Ukraine und Weißruss-



land, aufwachsen. Nuklearexperten berichten nicht nur über Fakten, sondern auch von berührenden menschlichen Geschichten.

E. Macron versus Quallen und unsichere Versprechen von EPR 2

Ein Quallenschwarm, der im vergangenen Jahr die Abschaltung von vier Reaktorblöcken des größten AKWs in Frankreich (Gravelines) für mehrere Monate verursachte – wir berichteten darüber – wurde zum Symbol tieferliegender struktureller Probleme im Nuklearsektor des Landes. Der Ruf der französischen AKWs nahm erheblichen Schaden. Frankreich galt lange als Vorbild bei der Nutzung der Atomenergie, auch weil viele Probleme verborgen blieben. Verdeckte staatliche Subventionen, unzureichende Rücklagen für die Lagerung von Atommüll und aufgeschobene Risiken, die von alternden Reaktoren ausgehen, hielten den Strompreis niedrig. Nun holen die

tatsächlichen Kosten das Land ein – und sie sind enorm...

Nach der Ölkrise im Jahr 1973 investierte Frankreich intensiv in die Atomindustrie, um energiepolitisch unabhängig zu sein. Das Land baute einen starken Energiesektor auf und exportierte Strom. Der Bau von Reaktoren wurde stark subventioniert, der Betrieb war relativ günstig. Électricité de France (EDF) konnte lange Zeit problemlos Kredite bedienen. Auf den ersten Blick schien diese Energie daher wirtschaftlich. Während der Corona-Epidemie verschob Frankreich jedoch Wartungsarbeiten an den Reaktoren auf später. 2022 wurde Korrosion festgestellt – 30 von 56

Reaktoren mussten gleichzeitig abgeschaltet werden. Strom wurde deshalb sogar importiert. Um die Laufzeit um zehn Jahre zu verlängern, werden sie nun kostspielig um insgesamt 50 Milliarden € modernisiert. Sechs neue EPR 2 Reaktoren sind geplant.

Das AKW in Flamanville, das erste neue seit 25 Jahren, ging 2024 mit zwölf Jahren Verspätung in Betrieb, und EDF hat trotz staatlicher Unterstützung über 50 Milliarden Schulden. Seit 2023 musste der Staat EDF vollständig übernehmen und weitere Milliarden investieren.

Quelle: Monatszeitung PRO-ENERGY 25.3.2026

Dukovany: Laufzeitverlängerung bis zum Super-GAU?

Atomkraftwerke werden im Allgemeinen für eine Laufzeit von 30 Jahren konzipiert. Da Neubauten teuer sind und lange dauern, ist man dazu übergegangen, die Laufzeit der Meiler zu verlängern. Die vier Reaktoren des AKWs Dukovany in Tschechien, die in den Jahren 1985 bis 1987 ans Netz gingen, hätten theoretisch vor ungefähr zehn Jahren abgeschaltet werden sollen. Ihre Laufzeit wurde aber auf 50 Jahre verlängert. **Doch damit nicht genug: Der tschechische Minister für Industrie und Handel, Karel Havlíček, gab vor**

kurzem bekannt, dass der Betrieb auch nach 2035 fortgesetzt werden soll. Insgesamt soll das AKW 80 Jahre laufen! Was Havlíček großartig findet, ist für Österreich Anlass zu großer Besorgnis und Empörung. Immerhin ist Dukovany nur 100 km von Wien und ca. 30 km von der österreichischen Grenze entfernt. Der Reaktortyp WWER 440/213 (derselbe Typ wie in Paks, Ungarn, siehe S. 1) ist veraltet und stellt deshalb und durch die lange Betriebsdauer

(„Materialermüdung“) ein erhöhtes Risiko dar. Trotz dieser unverantwortlichen Laufzeitverlängerung auf insgesamt 80 Jahre hält Tschechien aber auch an den Neubauplänen für zwei weitere Reaktoren am Standort Dukovany fest.

Unser Fazit: Die österreichische Bundesregierung muss sich vehement gegen diese Bedrohung an unserer Grenze einsetzen. Wir wollen nicht bis zum nächsten Super-GAU warten!

<https://tn.nova.cz>, 18. 4. 2026

Wiener Gemeinderat: Resolution gegen Kernenergie

Der Wiener Gemeinderat hat Ende April die ablehnende Haltung der Stadt zur Kernenergie mittels Resolution bekräftigt. Die Bundesregierung wird darin ersucht, sich auf EU-Ebene gegen eine Einstufung der Kernenergie als nachhaltige Investition auszusprechen.

Dies sei nötig angesichts der Gefahren dieser Technologie sowie der Herausforderungen der Klimakrise und der sich verschärfenden sicherheitspolitischen Lage, wurde betont.

Die Resolution wurde nicht nur von allen im Stadtparlament vertretenen Parteien – also SPÖ, NEOS, FPÖ, Grüne und ÖVP – unterstützt, sie war auch via Allparteiantrag gemein-

sam eingebracht worden. Atomenergie, so zeigte man sich überzeugt, sei riskant und teuer. Die Fragen der Lagerung der radioaktiven Abfälle oder der Rückbau stillgelegter Anlagen seien zudem offen. Weiters müssten 99 Prozent des Urans in die EU importiert werden.

Kleinere Anlagen keine Lösung

„Der Betrieb von Kernkraftwerken erfordert umfassende Sicherheitsvorkehrungen, um mögliche Folgen für Bevölkerung und Umwelt zu minimieren. Durch Tschernobyl und Fukushima wissen wir, dass verheerende Unfälle nie ausgeschlossen werden können. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass der Betrieb von Kern-

kraftwerken in Konfliktregionen zusätzliche Herausforderungen mit sich bringen kann“, heißt es weiter in der Resolution.

Kritik wurde auch daran geübt, dass kleinere Anlagen „Small Modular Reactors“ als innovative und kostengünstige Alternative zu großen Atomkraftwerken dargestellt würden. Die zentralen Herausforderungen würden aber auch bei diesem Konzept gleich bleiben, wurde gewarnt. In der Resolution wird der Bund aufgefordert, sich stattdessen auf Technologien zu konzentrieren, die einen raschen und nachhaltigen Beitrag zur Energiewende leisten könnten.

wien.ORF.at, 27. April 2026



Diabetikerschulung Minsk

Auch diesen Frühling – Anfang April – konnte die Diabetikerschulung, dieses Mal für Jugendliche, wieder durchgeführt werden, berichten uns Irena und Olga vom Verein „Freude den Kindern“. Bei der Diabetes-Schulung lernen vor allem die Kinder und Jugendlichen, mit der Krankheit gut umzugehen und den Alltag – Essen, Schlafen, Bewegung und Sport – gut einzuteilen. Die Eltern der Kinder bestätigen immer wieder, dass der persönliche und praktische Austausch so wichtig und gut ist. Er gibt Sicherheit, die Familien fühlen sich nicht allein und lernen, dass ein normales Leben mit Diabetes möglich ist.

Bitte unterstützen Sie auch weiterhin diese Schulungen, um noch vielen betroffenen Kindern eine positive Lebenssituation trotz Diabetes zu ermöglichen!

Spendenkonto: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985, Kennwort „Leben mit Diabetes“

Die Zahl der Kinder mit Typ-1-Diabetes steigt weltweit

Gastbeitrag von Diätologin Franziska Salzl, BSc

Bei Typ-1-Diabetes greift das körpereigene Immunsystem die Beta-Zellen der Bauchspeicheldrüse an. Diese sind für die Bildung von Insulin zuständig. Insulin ist lebensnotwendig für den Körper. Es wirkt im Organismus wie ein „Schlüssel“, der dem Zucker die „Tür“ in die Zellen öffnet. Fehlt Insulin, bleibt der Zucker im Blut, wodurch der Blutzuckerspiegel unkontrolliert ansteigt. Ein dauerhaft erhöhter Blutzucker kann den gesamten Organismus schädigen.

Als mögliche Auslöser für Typ-1-Diabetes werden sowohl genetische Faktoren als auch Umweltfaktoren genannt. Auch ionisierende Strahlung wird in der Forschung untersucht, da sie biologisches Gewebe schädigen und Immunreaktionen beeinflussen kann. Nach nuklearen Unfällen wie der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl wurden in einigen stark belasteten Regionen erhöhte Erkrankungsraten an Typ-1-Diabetes bei Kindern beobachtet. Ob diese Entwicklungen direkt auf die Strahlenbelastung

zurückzuführen sind, ist jedoch wissenschaftlich umstritten. Internationale Organisationen weisen darauf hin, dass ein eindeutiger Zusammenhang bisher nicht nachgewiesen wurde. Dennoch werfen solche Beobachtungen wichtige Fragen auf: Welche langfristigen Auswirkungen haben radioaktive Belastungen auf das Immunsystem? Und könnten bisher unterschätzte Effekte eine Rolle bei Autoimmunerkrankungen spielen? Die langfristigen gesundheitlichen Folgen radioaktiver Belastung sind in vielen Bereichen noch unzureichend geklärt, ihre weitere Erforschung bleibt daher von großer Bedeutung.

Besuchen Sie unsere Websites:

www.atomkraftfreiezukunft.at und www.donauregion-atomkraftfrei.at

Lesen Sie dort auch die Langversion einiger unserer Texte.

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, schreiben Sie uns: atomkraftfreiezukunft@gmx.at

Geschätzte Leserin, lieber Leser, Sie bekommen unsere Zeitung - vier Ausgaben - kostenlos zugeschickt. Wir hoffen, dass Sie diese weiter erhalten wollen, darum ersuchen wir Sie, uns für das laufende Jahr € 20.- zu überweisen. BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985. Ihr Redaktionsteam

Wir suchen Aktivist:innen!

Schon mit zwei Stunden pro Monat wäre uns sehr geholfen! Zum Beispiel beim Zeitungsversand, bei Kundgebungen, beim Infotisch, ...!

Du tust es für Dich! Wir tun es für uns alle!

Nur „dagegen sein“ ändert leider nichts...

Handeln ist gefragt!

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungsausgabe werden von der Wiener Umwelthanwaltschaft unterstützt.

AAE NATURSTROM
Mehr als ein Stromlieferant

Gelebte Nachhaltigkeit

Die Sicherung der Energieversorgung über sauberen, regionalen Strom ist unser Beitrag für eine lebenswerte Zukunft.

AAE Naturstrom GmbH
WWW.AAE.AT | 04715 222

Kurz und wichtig

Mini-AKW's sind unwirtschaftlich

„Private Unternehmen würden derzeit nicht in SMRs (Small Modular Reactors) investieren. Diese gibt es bisher nur auf Papier. Sie sind wirtschaftlich nicht ausgereift, es gibt keine Zulieferer, die verlässliche Bauzeiten und fest vereinbarte Kosten anbieten könnten. SMRs sind daher ein Investitionsrisiko, das ein privates Unternehmen nicht bereit ist zu übernehmen“, sagt Markus Krebber, der Chef von RWE, Deutschlands größtem Stromerzeuger. Ob und wann sich das ändern wird, wisse derzeit niemand.

Quelle: FOCUS-online-Redaktion, dpa, 10.03.2026

Atomstrom auf „Rekordniveau“

Es sind Zahlenspielerereien, die zu solchen Schlagzeilen führen. Sie erwecken den Eindruck, dass Atomkraft im Aufwind und einfach unverzichtbar sei. In Wahrheit hat zur Steigerung nur China beigetragen, und selbst dort wächst die Erzeugungskapazität für Solarstrom deutlich schneller als für Atomkraft. Der Anteil der Atomkraft an der weltweiten Stromerzeugung ist von 17,5 % im Jahr 1996 auf 9 % im Jahr 2024 gesunken, allerdings bei gesteigerter Stromerzeugung. Es zeigt sich aber trotzdem, dass andere Energiequellen deutlich die Nase vorn haben.

Quelle: Der Standard, 22.1.2026

Fortsetzung von Seite 1

hilfen durch die EU-Kommission wurde für nichtig erklärt, weil bei der Vergabe des Bauauftrags gegen EU-Recht verstoßen wurde. Umweltminister Totschnig und die österreichische Bundesregierung müssen umgehend diese Chance nützen und die Umsetzung dieses Urteils von der EU-Kommission einfordern!

Quellen: oekonews.at, 3.2.2026; Die Presse, 13.2.2025

Die gute Nachricht:

Windkraft deutlich effizienter

Der Windpark „Schrack West“ in NÖ, ein Pionierprojekt der ÖKOENERGIE – Energiepartner von AAE – erfährt einen Generationenwechsel. Die 6 neuen Windräder liefern künftig – statt der 7 bereits abgebauten älteren Anlagen – noch weit mehr Energie und können den Wind deutlich effizienter nutzen. Die Stromproduktion erhöht sich sogar auf gleicher Fläche um fast das Fünffache auf rund 92.000 MWh pro Jahr. In das Repowering-Projekt investiert die ÖKOENERGIE rund 70 Millionen €. Die Inbetriebnahme dieser Windkraftanlagen ist für Mitte 2027 geplant.

Quelle: AAE Naturstrom, Frühjahrsausgabe 2026

Thema aktuell



Hanna Nekowitsch
Sprecherin der
„Wiener Plattform
Atomkraftfrei“

Taxonomie

Redaktion: Die EU-Taxonomie-Verordnung ist vor sechs Jahren in Kraft getreten. Worum geht es darin?

Hanna: Diese Verordnung definiert, wann eine wirtschaftliche Tätigkeit als nachhaltig bezeichnet werden kann. Es geht unter anderem um eine Hilfestellung für Investoren, die „grün“, also klima- und umweltfreundlich, investieren wollen.

Red.: Damals gab es Diskussionen um Atomkraft und Gas. Was hat diese Aufregung ausgelöst?

H.: Die Empörung entstand, weil die EU Atomkraft und Gas als nachhaltig eingestuft hat, was sie logischerweise nicht sind. Dadurch wurden Investoren getäuscht und die Taxonomie verwässert.

Red.: Heuer soll die Verordnung überarbeitet werden. Wird sie verbessert?

H.: Es ist zu befürchten, dass das Gegenteil passieren wird. Pro-Atom-Staaten sehen jetzt die Gelegenheit, die Frist für Atomenergie und Gas als Übergangstechnologie zu verlängern oder überhaupt abzuschaffen. Tschechien würde am liebsten Atomkraft als dauerhaft nachhaltig eingestuft sehen.

Red.: Hat sich die Wiener Plattform Atomkraftfrei an den öffentlichen Konsultationen beteiligt?

H.: Ja, wir haben, wie viele andere Antiatom-Gruppen auch, eine Stellungnahme abgegeben, in der wir festgehalten haben, dass Atomkraft weder grün, noch erneuerbar oder nachhaltig ist. Sie ist nicht vereinbar mit dem „Do No Significant Harm“-Prinzip (= Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen) und widerspricht auch anderen Zielen der Taxonomie-Verordnung.

Red.: Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagt, Atomkraft könne die Basis für Erneuerbare Energien sein.

H.: Ganz im Gegenteil! Atomkraft ist deren Konkurrent! AKW's können aus technischen Gründen nicht nach Bedarf zu- oder abgeschaltet werden. Wenn also genug Strom da ist, oder die Netze überlastet sind, werden Wind- und Solarkraftwerke gedrosselt oder abgeschaltet. Atomkraft ist außerdem gefährlich und unwirtschaftlich. Neue Bauprojekte können nur auf Kosten zukünftiger Staatshaushalte finanziert werden, von den Kosten der Entsorgung des radioaktiven Abfalls ganz zu schweigen. Von Nachhaltigkeit kann daher gar keine Rede sein.

Red.: Was fordert die Wiener Plattform Atomkraftfrei daher?

H.: Atomkraft und Gas müssen aus der Taxonomie-Verordnung entfernt werden! Alles andere wäre eine Irreführung jener, die wirklich grün und nachhaltig investieren wollen, und würde die Entwertung der Taxonomie-Verordnung fortsetzen.